

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Arbeiter

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsz. 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

Der halbe Schritt.

Eine deutsche Völkerbund-Denkchrift. — Unfreundliche Auslandsstimmen.

Die Reichsregierung läßt, wie von ihr nahestehender Stelle gemeldet wird, zurzeit eine Denkchrift ausarbeiten, die eine Reihe von Fragen behandelt, deren Klärung die Reichsregierung wünscht, bevor sie endgültig über den Antrag auf Ausnahme in den Völkerbund Beschluß faßt. Ueber den Inhalt der einzelnen Fragen verläutet nichts Bestimmtes, doch scheint es, daß in ihnen die Kriegsschuldfrage in irgendeiner Form berührt wird.

Wie weiter verläutet, ist der in dem amtlichen Kommuniqué zum Ausdruck gebrachte Wille der Reichsregierung zum Eintritt in den Völkerbund keineswegs nur platonisch, sondern durchaus positiv zu nehmen. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß der Antrag auf Ausnahme nicht zu Beginn der Verhandlungen, sondern am Ende der Verhandlungen erfolgen muß. Die Denkchrift wird sofort nach Fertigstellung dem Reichskabinett zur Prüfung vorgelegt werden.

In unserer Besprechung der Regierungserklärung über den Eintritt in den Völkerbund haben wir dargelegt, daß die Bedeutung dieser Erklärung von dem weiteren Verlauf der deutschen Regierungskrise abhängt. Die deutsch-nationale Presse bestreitet diese Auffassung, indem sie gegen die Erklärung Sturm läßt. Die „Deutsche Zeitung“ findet sie „geradezu unverantwortlich“, und die „Kreuzzeitung“ erklärt:

Das Klügste wäre es aber jetzt trotz alles Drängens lauter und aufdringlicher Vorkämpfer, die Akten über den Völkerbund für geraume Zeit in den Schrank zu legen. Es gibt wahrlich wichtigere Dinge in diesen ersten Zeiten, die die volle Arbeitskraft aller Dienststellen erfordern. Den Luxus, sich nach außerdem mit Utopien zu beschäftigen, kann sich ein armes gequältes Land wie Deutschland nicht leisten.

Also wenn die Deutschnationalen in die Regierung kommen, dann wird die Erklärung „in den Schrank gelegt“, damit man sich „wichtigeren Dingen“ zuwenden könne. Zu diesen „wichtigeren Dingen“ gehört nach der Meinung des deutsch-nationalen Abg. Marešky die Aenderung des soeben erst abgeschlossenen Londoner Vertrags. Herr Marešky schreibt dazu:

Deswegen erfordert es das nationale Interesse, daß die Deutschnationale Volkspartei, die in ihrer Selbsteinheit die innere Unhaltbarkeit des Dawes-Berichts jederzeit auf das entschiedenste betont, und deren Reichstagsfraktion lediglich aus Gründen allgemeiner politischer Art (1) die schließliche Annahme des Londoner Abkommens ermöglicht hat, nunmehr in die Reichsregierung eintritt und damit auch Einfluß auf die Ergreifung derjenigen Maßnahmen gewinnt, die geeignet sind, eine Aenderung der Londoner Bedingungen herbeizuführen.

Also, nicht weil sie die Verantwortung für London übernommen haben, sondern weil sie diese Verantwortung nicht übernehmen müssen, die Deutschnationalen in die Regierung. Sie werden dann die Regierungserklärung über den Eintritt in den Völkerbund in den Schrank legen und eine Aenderung der Londoner Bedingungen herbeiführen. Da diese Bedingungen auf einem Vertrag beruhen, werden dazu neue Verhandlungen mit der Gegenseite beantragt werden müssen. Aber wer zweifelt daran, daß die Gegenseite auf den Antrag einer Bürgerblockregierung hin sofort eine neue Konferenz einberufen wird, um das Ergebnis der Londoner Konferenz zu annullieren? Nur Juden und Sozialdemokraten!

Das Rezept ist richtig. Der Bürgerblock wird Deutschland schon wieder herrlichen Tagen entgegenführen!

Keine Vorzugsbehandlung Deutschlands. Ein Erfolg der Bürgerblockdiplomatie.

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) In einem ansehnlichen selbst von Herriot inspirierten Leitartikel des Chefredakteurs Pierre Bertrand bespricht der „Quotidien“ die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und behauptet, daß England geglaubt habe, Deutschland auffordern zu müssen, in den Völkerbund einzutreten. Diese Aufforderung habe lediglich dazu geführt, das Reich in den Glauben zu versetzen, daß es berechtigt sei, seinerseits Bedingungen zu stellen. Dieses sei aber unwar. Nichts wäre unberechtigter und nichts gefährlicher. In dem Augenblick, wo in der großen Schlacht, die sich jenseits des Rheines Reaktion und Demokratie liefern, die Reaktion dermaßen angriffs-lustig und stark sei, daß man nicht mit Gewißheit sagen könne, wenn der Sieg zufallen werde, in dem Augenblick, wo man die Frage der Kriegsschuld wieder aufwerfe und wo man, um einen Teil der Reparationszahlungen zu entgehen, die Eisenbahnlinie plötzlich wesentlich herabsenke, gebe es keine vernünftigen Gründe, dem Reich eine Vorzugsbehandlung zu gewähren.

Wir haben es hundertmal gesagt — heißt es in dem Artikel weiter —, und wir glauben, daß es die Ansicht des Ministerpräsidenten ist, einem entschlossenen demokratischen Deutschland gegenüber, einem Deutschland, das der Welt die Garantie des guten Willens, des guten Glaubens und der Friedensliebe geben würde, die Frankreich selbst bei den jüngsten Verhandlungen in London und Genf geliefert hat, könnte man nie zu wenig Courtoisie, Befähigkeit und Freundschaft erweisen. Das ist aber leider nicht die gegenwärtige Lage. Hinter dem zweifelhaften Herrn Stresemann stehen Kräfte, für die der Eintritt in den Völkerbund nicht eine Etappe zum Frieden bedeutet, sondern für die der Eintritt in den Völkerbund ein Geschäft ist. Das wäre gemäß kein genügender Grund, um das Zulassungs-

gesuch Deutschlands zurückzuweisen, wenn es eingereicht wird, denn die dankten Kräfte werden vielleicht — und wir hoffen es wohl — geschlozen werden. Aber es muß ein ausschlaggebendes Motio sein, nicht die von der nationalistischen und alldeutschen Clique gestellten Bedingungen zu dulden. Man würde auf diese Art lediglich diese Clique auf Kosten der demokratisch-liberal-sozialistischen Parteien stärken, deren Sieg allein die europäische Ruhe sichern würde. In diesem Sinne stimmt der „Quotidien“ der grundsätzlichen Erklärung Herrriots zu, daß man in dieser Frage Deutschland keine Vorzugsbehandlung gewähren dürfe und schließt mit den Worten: „Es wäre ebenso unklug, Deutschlands Bedingungen anzunehmen wie sein Gesuch abzulehnen, wenn es selbst das gemeinsame Geß anerkennen würde.“

Ganz ähnlich äußern sich die Organe des Linksbloks „Tre Nouvelle“ und „Deuore“.

Mißstimmung in England.

London, 24. September. (Ill.) Der deutsche Entschluß, demnächst den Versuch zu machen, unter bestimmten Bedingungen in den Völkerbund einzutreten, findet in den englischen Morgenblättern keine besonders günstige Aufnahme. Die „Times“ erklären u. a.: Die in dem Berliner Kommuniqué für den beabsichtigten Schritt angegebenen Gründe bedürfen keines sofortigen Kommentars. Es genügt, zu sagen, daß einzelne Sätze in dem Dokument zweideutig sind und andere einlgermaßen taktlos. Deutschlands Stellung als eine Großmacht ist unzweifelhaft, und wenn Deutschland in der Bund der Nationen eintritt, so muß dies unter den nämlichen Bedingungen wie bei den anderen Mitgliedern des Bundes geschehen. Die Bezeichnung Großmacht ist zweifellos in der Absicht gebraucht worden, einen Anspruch auf einen permanenten Sitz, wie ihn gegenwärtig England, Frankreich, Italien und Japan einnehmen, zu erheben. Dieser Anspruch ist im wesentlichen nicht unbillig, obwohl er sich im Augenblick als unvorsichtig erweisen kann. Er scheint in der Tat den starken Widerspruch Frankreichs hervorgerufen zu haben, und zwar in jenen Blättern, die im allgemeinen die Regierung Herrriot unterstützen. Sehr viel größer würde der Widerstand sein, wenn Deutschland den Versuch machen wollte, dem Völkerbund unter Aufnahmebedingungen beizutreten, und zwar wäre dieser Widerstand nicht nur vor Frankreich, sondern auch von England und den anderen Völkerbundstaaten zu erwarten. Glücklicherweise gibt das Kommuniqué keinerlei Andeutung, daß ein solcher Versuch gemacht werden soll. Es muß immerhin bemerkt werden, und zwar mit Bedauern, daß der letzte Satz des Kommuniques mit seiner Bezugnahme auf die Bürgerschaften etwas beunruhigend ist. Ferner weist der Aufsatz auf die weiteren Vorbehalte wegen der Artikel 16 und 17 des Völkerbundes hin. Aus diesem Grunde werde die Zulassung Deutschlands zweifellos eine erhebliche Opposition auslösen, da es schon heute klar ist, daß die französische Delegation das Gesuch nicht begünstigen würde, bevor nicht die Sicherheitsfrage endgültig gelöst ist. Es ist natürlich klar, daß die deutsche Regierung ihren Entschluß, ein Zulassungsgesuch einzureichen, nicht eher gefaßt hat, bevor Deutschland Sicherungen empfangen hat, daß sein Gesuch günstig aufgenommen werden wird. Dr. Nansen hat, wie man glaubt, solche Sicherungen an Marx überbracht. Das Memorandum, das von Lord D'Abernon an den deutschen Außenminister übergeben worden ist, hat zweifellos den Antrag auf Zulassung nicht entmutigt. Aber diejenigen, die Versicherungen abgegeben haben oder deren Uebergabe gewünscht haben, haben die wichtigsten Tatsachen der momentanen Lage nicht begriffen. Einige dieser Tatsachen sind von einflussreichen Kreisen in Genf entweder völlig mißverstanden oder vollkommen außer acht gelassen worden. Dies liegt zutage bei dem Problem der Sicherungen.

„Daily Chronicle“ nennt die Entscheidung Deutschlands die Einleitung einer wichtigen Epoche der Nachkriegsgeschichte und sagt, daß Deutschland schon vorher entsprechend benachrichtigt worden ist, daß sein Gesuch günstig erledigt werden würde, sobald es den Antrag stellt.

Nansen und Breitscheid über den Eintritt Deutschlands.

Paris, 24. September. (EP.) Der „Matin“ hat über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nachgefragt. Dr. Nansen und Dr. Breitscheid befragt. Nansen erklärte: Ich glaube, daß die deutsche Regierung jetzt die Notwendigkeit begriffen hat, dem Völkerbund beizutreten. Die Vorbehalte, die sie noch macht, sind notwendig, um die nationalistische Opposition zu beschwichtigen, doch bedeuten sie keineswegs, daß Deutschland den Wunsch hat, die heisse Frage der Schuld am Kriege aufzuwerfen. Auf die Frage, ob nicht hinter dem Widerstand der deutschen Regierung sowjetrussische Einflüsse zu verspüren seien, antwortete Nansen verneinend. Er habe in Deutschland die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sowjetregierung gar keinen Einfluß in Berlin besäße. Die offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern seien keine herzlichen, seit dem die Polizei in die russische Handelsdelegation eingedrungen sei. Auch hätten die deutschen Industriellen mit Rußland nur Enttäuschungen erlebt.

Breitscheid erklärte unter anderem, nach seinen Informationen würden die Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund unverzüglich eröffnet werden. Er glaube nicht, daß Deutschland für die Aufnahme besonders Bedingungen stellen werde. Wahrscheinlich müsse gewartet werden, bis festgestellt sei, daß Deutschland seine Entlohnung vollzogen habe. Die Frage der Aufnahme könne deshalb wahrscheinlich nicht vor kommenden Januar besprochen werden.

Faschistischer Kurs in Bulgarien.

(Von unserem bulgarischen Korrespondenten.)

Sofia, den 22. September 1924

Als durch den Sturz des Bauerniktators Stambuljiski im vorigen Sommer das Kabinett Zankow zur Regierung kam, hoffte man, daß nun mit der entschlozenen, jede gesunde politische Entwicklung hemmenden Parteizersplitterung ein Ende gemacht würde. Zankow versuchte, eine schon bestehende Gruppe zum Sammelpunkt der demokratisch gerichteten bürgerlichen Elemente zu machen und die nicht reaktionär gesinnten bürgerlichen Parteien zu verschmelzen. Es bildete sich eine Art „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“, der „Demokratische Sgovor“ (Demokratische Einheit). Aber mehr als ein Jahr dauerte der Kampf darum, ob dieser „Sgovor“ die Mittelparteien in sich aufnehmen und verschmelzen soll oder ob die betr. Gruppen weiter selbständig bleiben und nur parlamentarisch zusammenarbeiten sollten. Dieser Kampf ist endlich entschieden gegen den Zusammenfluß der Parteien. Ob er damit wenigstens für den Augenblick überhaupt gegen die parlamentarischen Elemente entschieden ist, läßt sich noch nicht sicher sagen. Immerhin aber neigt sich im Augenblick die Schale den antiparlamentarischen Kreisen zu: zugunsten einer Diktatur der Reaktion, der Militärs.

Es wird selbst von Leuten, die dem Ministerpräsidenten nahe stehen, zugegeben, daß schon heute faktisch die Militärkreise das Land beherrschen und diese Leute die letzte Entscheidung, ob Diktatur oder Demokratie, nur bis zu einem ihnen günstigen Ausgang, bis zur Beendigung des Parteitag des „Sgovor“ hinausgeschoben haben, d. h. daß sie den Faschismus offen ausrufen wollen, wenn dort nicht die jetzige Machtverteilung im Kabinett, die ganz zu ihren Gunsten wirkt, aufrechterhalten bleibt. Das ist übrigens auch der Eindruck, den Genosse Bandereweld von seiner bulgarischen Studienfahrt mit nach Hause nimmt.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich, sobald anfänglich der grauenhaften Erledigung des vorjährigen Kommunistenputsches die drohende Schwentung der Regierung in das militaristische Fahrwasser bemerkbar wurde, aus dem Kabinett zurückgezogen und steht der Regierung schon lange mit äußerster Stepsis gegenüber. Ein Artikel in ihrem Zentralorgan läßt sehr deutlich erkennen, daß sie das Kabinett Zankow nicht mehr weit entfernt sieht von den Methoden seines Vorgängers. Das Regime Stambuljiskis bedeutete gewiß schlimmste Gewalt Herrschaft, aber die jetzige verschleierte Militärdiktatur ist nicht besser zu nennen.

Tatsächlich existiert vorläufig auf dem Balkan insbesondere in Bulgarien noch keine wahre Demokratie. Unter europäischem Einfluß sind einige Schichten von dem Ideal der Demokratie und des Parlamentarismus erfaßt worden. Aber es ist ebenso sicher nicht Zufall oder böser Wille und Schwäche allein, wenn das Kabinett Zankow heute denselben Weg gegangen ist, um dessen willen es selbst vor Jahresfrist ein anderes stürzte. Politik ist hier gleichbedeutend mit nackter Interessenspolitik und zwar nicht so sehr Interessenspolitik zugunsten einer bestimmten Klasse oder Schicht als aus ganz persönlichem Ehrgeiz und Geldhunger. In fast allen Fällen ist ein hoher politischer Posten in Bulgarien recht einträglich. Der Preis einer politischen Laufbahn ist dafür allerdings oft entsetzlich teuer, sehr teuer! Wieviel Politiker, Parteihäupter u. a. sind nicht eines gewaltsamen Todes gestorben! Die Chronik der jüngsten Zeit gibt ein graufiges Bild von dieser Auseinandersetzung zwischen dem ehrlichen Streben nach Demokratie und der ererbten politischen Vorstellung der Gewalt, des Krieges und der nacktesten Interessenspolitik.

Man muß die ganze Auseinandersetzung, die gesamte innerpolitische Entwicklung Bulgariens in der letzten Zeit unter diesem Gesichtspunkt verstehen. Schon früh haben sich nach den Sozialdemokraten innerhalb der in der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der demokratischen Mitte zusammengeschlossenen Fraktionen Gegner dieser Zusammenarbeit gezeigt und forschreitend von links nach rechts hat dieser Widerstand nun alle drei in Frage kommenden Parteien ergriffen. Seit einiger Zeit haben diese diffidenten Gruppen untereinander Fühlung genommen, ebenso mit der Sozialdemokratie und den gemäßigten Agrarparteiern. Sie stehen auf Seiten der Demokratie gegen die immer frecher werdende Reaktion. Ihr Feind steht rechts.

Wichtig ist jedenfalls, daß sich in dem zu drei Vierteln agrarischen Lande die politischen Kreise der Bauern mehr und mehr von der Diktatur eines Stambuljiski abgewandt haben und sich dem demokratischen Gedanken zuwenden. Die Majorität in der nach Stambuljiskis Ermordung gespaltenen Bauernpartei dürfte jetzt bei der gemäßigten und zur politischen Aufbauarbeit bereiteten Gruppe liegen. Wenige belennen sich noch zu den Kommunisten. So erklärte z. B. Bandereweld auf Grund seiner Reiseindrücke: „Der russische Bauer mag reaktionär sein unter den roten Geßhen — der bulgarische Bauer lehnt die weiße Reaktion ab und trägt unter dem grünen Banner ein Herz, das dem Sozialismus, der Demokratie offen steht.“ Optimistisch ist diese Schlussfolgerung jedenfalls, aber sie zeigt doch den Weg, der gangbar ist auch in Bulgarien. Ob schon jetzt, scheint allerdings recht fraglich. Denn der Faschismus, der Wunsch, ohne oder gegen das Parlament und seine friedfertigen und mäßigenden Einflüsse zu regieren, wird von sehr beträchtlichen materiellen Mitteln unterstützt.

Sicher aber ist, daß alle Hilfsbereitschaft und Erleichterung der innerbulgarischen wie der allgemeinen politischen Lage auf

dem Balkan aufs Spiel gesetzt wird, wenn eines Tages tatsächlich der Faschismus in Bulgarien triumphieren sollte. Schon deshalb möchte man eine, wenn auch nur schwache Hoffnung hegen, und zwar die, daß angesichts der bestehenden Gefahren sich die demokratischen Elemente zusammenraffen und dem Faschismus den Weg zur Macht verstellen, den er schon fast beendet hat.

Festige Spannung in Bulgarien.

Mailand, 24. September. (E.P.) Wie die Blätter aus Sofia melden, herrscht in Bulgarien außerordentliche Spannung. Ganz Sofia hat das Aussehen einer Festung. Nach 8 Uhr abends hört der Straßenverkehr auf. Truppenabteilungen durchziehen die Stadt. Viele Truppen werden nach dem Süden verschoben. Die Regierung Jankoff unterläßt nichts, um sich an der Nacht zu halten. Der Kleinkrieg in der Provinz hat noch nicht aufgehört.

Falschmeldungen über die Ermordung des bulgarischen Königs.

Zu den Meldungen, nach denen König Boris von Bulgarien in seinem Palast in Sofia ermordet worden sei, wird von der Berliner bulgarischen Gesandtschaft mitgeteilt, daß ein amtliches Telegramm aus Sofia eingetroffen sei, worin die Ermordung ausdrücklich dementiert wird.

Industrie und Presse.

Stinnes' Kohlen und Vorräte Apparate.

In Wien erscheint eine Zeitschrift „Oesterreichischer Volkswirt“. Deren volkswirtschaftliche Redaktion erhielt eines Tages von Hugo Stinnes Gesellschaft m. b. H. einen Brief, den sie wegen seines Inhalts der Öffentlichkeit übergibt. Er enthielt ein dreites Bestehungsangebot in Walle gewickelt. Hier ist das Schreiben:

„Wir benötigen die Gelegenheit der „Oesterreichischen Kohlenmesse“, um die Besucher derselben über die Eignung der inländischen Kohle, als Ersatz für die nach Oesterreich kommende ausländische Kohle, aufzuklären. Zu diesem Zwecke haben wir größere Mengen der feinsten Kohle aus den Gruben der Oesterreichischen Alpine Montangesellschaft nach Wien gebracht und bei der Messe ausgestellt. Gemeinsam mit der Oesterreichischen Alpine Montangesellschaft haben wir uns weiter entschlossen, den Mitgliedern der volkswirtschaftlichen Redaktion kleine Mengen dieser feinsten Kohle zur Erprobung derselben für Hausbrandzwecke zu überlassen und gestatten uns, Ihnen in der Beilage drei Anweisungen auf je 200 Kilogramm dieser Kohle zu überreichen, indem wir Sie bitten, diese Anweisungen in Ihrer volkswirtschaftlichen Redaktion zur Verteilung zu bringen. Die gelegentlich der Verzehung gemachten Erfahrungen sollen den Herren Redakteuren die beste Möglichkeit geben, sich ein richtiges Urteil über die Qualität der inländischen Kohle zu bilden.“

Hochachtungsvoll
Hugo Stinnes
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.“

3 Beilagen!

Das Blatt, das solche Kohleanweisungen erhielt, teilt mit, es habe mit den Anweisungen Heizversuche gemacht und könne bestätigen, daß sie vorzüglich gebrannt hätten.

Die Idee der Hugo Stinnes Gesellschaft m. b. H. ist übrigens nach jeder Richtung entwicklungsfähig. Und andere Firmen bemühen sich, ihr kräftig nachzusehen. Der Redaktion des „Vorwärts“ ging soeben erst ein Schreiben von der Firma H. Borfig, Berlin-Tegel, zu, das uns einen ihrer neuesten elektrischen Apparate für einzelne Mitglieder unserer Redaktion oder Firma zu ermäßigten Preisen und unter eigenartigen Bedingungen anbietet. Also läßt die Weltfirma sich vernehmen:

Hierdurch erlauben wir uns, Sie auf den von uns hergestellten neuesten Artikel, auf unseren . . . aufmerksam zu machen, indem wir Ihnen gleichzeitig empfehlen, diesen Apparat für Ihre Herren Chefs, bzw. Direktoren, leitenden Angestellten usw. zu beziehen.

Bis auf weiteres bieten wir den Apparat wie folgt an:
1 kompl. . . . einschl. (folgt Bezeichnung des Zubehörs) zum Preise von Goldmark 140.—

Der Preis versteht sich für Lieferung frei Bestimmungsort in Deutschland einschließlich Verpackung und ist bis auf weiteres ein Festpreis, sofortige Bestellung vorausgesetzt.

Unterwegs mit Heinrich Zille.

Von Rudolf Danke.

Zille — den Skizzenblock vor sich — steht und zeichnet Berlins Kinder. Die ganz Kleinen mit den pухigen Luftballonköpfen, wie sie sich mit gierigen Mäulchen — es ist noch alles da und dicht vor ihrer Nase — die „Wurjt des Lebens“ erschnappen, derweil ihre um ein Jahr älteren Geschwister schon allein im Kinnstein oder in einer zugigen Hofede spielen dürfen. Die Großen verkaufen mit Bakern Streichhölzer, und Lina, das Fräuleinskind, ist mit Nachbars Paul — der doch mit zerflossenen Augen aus 'n Krieg kam — nach der „Lauenhien“ und hält die Wäsche hin. Uebrigens ist sie seine Tochter, aber das wissen beide nicht.

Die Gesichter der Mütter kommen ihm so seltsam bekannt vor — über Jahrzehnte weg. Das macht er zeichnet schon die zweite Generation, indes die erste — heut ausgewachsene Exemplare, deren großer Teil schon ihr „Moabit“ oder „Blüthenlee“ hinter sich hat — bereits vor einem Vierteljahrhundert von der gleichen Straße her in sein Skizzenbuch gewandert ist. Und die Großmütter der Frauen hat er noch auf der Kellertreppe in der Sonne sitzen sehen — und könnte den Allerkleinsten jetzt von ihren Urgroßmüttern erzählen.

Zille hat sich an eine Hauswand gelehnt. Drüben an der „Plumpe“ werden eben „Blattschnepfe“ und „Schielewippe“, zwei derbe, freche Bierjährige, einer mächtigen Reinigung unterzogen, sintermal sie sich von oben bis unten mit Teer beschmiert haben. Nun geht's mit Sand und Schrubber über sie her. Da vergißt Zille alles drum rum. Sein Bleistift kriegt zu tun.

Eine Stimme, „nich von Papp“, kommt hinter ihm aus einem Kellerfenster: „Sie, Männchen, jeht es uns mon aus de Laitichte. So dünn sind Se doch nich, det wa duoch Se durchdieken könn.“ — Und Zille, der stets Gefällige, tut's, derweil er noch schnell „ein paar Jöhren“, die dem nassen Schauspiel drüben beizwohnen, in sein Bild reinsingert und nun „det junge Milljöh“ beisammen hat. —

Zille hat eingepackt. Auch die Pfeife, die inzwischen sowieso zehnmal ausgegangen war, verschwindet. Dafür saht er noch dem Zigarettenfutterol. Eine von der „juten Sorte!“ — Er geht links an der Nikolaikirche vorbei, wo beim Waffenschmied im Schauferster die „eiserne Ritter“ stehen und fürs Mittelalter und „Wallensteins Lager“ mächtige Reklame machen (und die die Interalliierte Kommission noch nicht entdeckt hat). Es schlägt zwöf. Schöner, abgestimmter Klang! Das lohnt sich schon, den Kopf ein wenig schief zu legen und zu horchen. „Und denn die Hüßelken mit de schmale Brust — und 'ne keene weiße Kabe immer hinter een Karnidel her — und alles nichst wie holder Friede, süße Eintraucht — wenn die hellen Kirchenglocken — laden zu Klümbin und Tanz . . .“

Beziehen Sie den . . . in größeren Posten, so dürfen wir Ihnen je nach dem Umfang Ihrer Bestellung noch einen Rabatt gewähren.

Einen größeren Rabatt räumen wir Ihnen auch ein, in Ihrer Zeitschrift bzw. Zeitung unentgeltlich einen Aufsatz über den . . . zu veröffentlichen bzw. darüber eine redaktionelle Notiz zu bringen. Sollten wir nach Befechenem durch Eingang von Aufträgen die Ueberzeugung gewinnen, daß Sie über einen entsprechenden für den Kauf des . . . in Frage kommenden größeren Desertrats verfügen, so würden wir uns auch vorbehalten, Ihnen nach Veröffentlichung des Aufsatzes einen Annoncenauftrag zu erteilen. . . Alles Nähere erfahren Sie aus dem anliegenden Prospekt.

Aus dem beigefügten Prospekt ist nun wirklich zu entnehmen, daß der bezeichnete Apparat im Handel 250 M. kosten soll. Er wird also den Zeitungredakteuren zu einem wesentlich ermäßigten Preis angeboten, in der ausdrücklichen Erwartung, daß dafür eine Reklamenotiz veröffentlicht wird. Wir haben in der Wiedergabe des Schreibens absichtlich die Bezeichnung des Apparates fortgelassen, um nicht unfreiwillig die erstrebte Reklame zu machen.

Das Schreiben der Firma Borfig ist verschiedentlich, woraus zu schließen ist, daß es gleichzeitig auch anderen Berliner Redaktionen zugegangen ist. Stinnes und Borfig können sich also brüderlich die Hand reichen. Sie versuchen es auf dem „nicht mehr ungewöhnlichen Wege“, durch Angebot materieller Zuwendungen sich eine gefällige Presse zu verschaffen. Wie hoch oder wie niedrig müssen sie die „Instrumente der öffentlichen Meinung“ einschätzen, wenn sie glauben, daß sie für ein paar Zentner Kohlen oder für einen „Extrarabatt“ auf irgendeinen neuen Apparat eine günstige Beurteilung ihrer Produkte herauslocken könnten!

Größenwahnsinniger Stahlhelm.

Halle, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich des Ludendorff-Kummels im Mai haben wir u. a. auf den offenbar schon damals beginnenden Größenwahn des Verkünders der „neuen Konardie“, des Stahlhelm-Oberstleutnants Düsterberg in Halle a. d. Saale hingewiesen. Man hätte nach den Ereignissen der letzten Monate annehmen sollen, daß dieser moderne Hiob bereits die letzten Züge tue, aber weit gefehlt! Seine Vorstellungen nehmen geradezu fäulnisartig zu. Die immer mehr zunehmende Unmöglichkeit der ungezügelmäßen Stahlhelmorganisation drückt nämlich Herrn Düsterberg die Feder in die Hand, und er erteilt folgenden mysteriösen Ukas:

Stahlhelm, Landesverband
Halle-Merseburg, den 12. September 1924.

An das Polizeipräsidium, Berlin.
Mit Rücksicht darauf, daß in nächster Zeit voraussichtlich auch Vertreter der Entenkommission in unserem Regierungsbezirk Halle-Merseburg größere Industrieanlagen besichtigen werden, bitte ich um möglichst baldige gefl. Ueberlegung von Lichtbildern dieser Mitglieder in Uniform und Zivill, damit wir in der Lage sind, bei der berechtigten Empörung jegliche Ausschreitungen gegen diese Männer zu verhindern.

Hochachtungsvoll gez. Unterschrift.
Das Polizeipräsidium hat dieses Schreiben selbstverständlich nicht beantwortet, sondern an den Regierungspräsidenten Merseburg Zuständigkeits halber weitergegeben. Er hat den Stahlhelmlieuten folgendes erwidert:

Der Regierungspräsident.
Merseburg, den 19. September 1924.

An den Vorsitzenden des „Stahlhelm“, Landesverband Halle-Merseburg, Herrn Oberstleutnant a. D. Düsterberg, Halle a. d. S.
Der Herr Polizeipräsident in Berlin hat mir das an ihn gerichtete dortige Schreiben vom 12. September d. J. — J.-Nr. 1959 — zuständigkeitshalber übermittelt. Dieses Schreiben zeigt eine so völlige Verkennung der Stellung und Machtbefugnisse der Staatsregierung einerseits und der Stellung Ihrer Person bzw. der von Ihnen vertretenen Organisation andererseits, daß ich es mir verlagern muß, auf den sachlichen Inhalt Ihres Schreibens einzugehen. Die Maßnahmen zu treffen, die zum Schutze der Mitglieder der Kommission erforderlich sind, ist ausschließlich Sache der Staatsregierung, die hierzu der Mitwirkung Ihrerseits nicht bedarf. (!) Dagegen würde ich es begrüßen, wenn Sie die Mitglieder Ihrer Organisation, soweit Sie bei diesen mit der Möglichkeit irgendwelcher Ausschreitungen rech-

Am Rottenmarkt überlegt Zille. Soll er nun zu Landré oder zum „Ruhbaum“ gehen. Da biegt er auch schon nach rechts (was im allgemeinen nicht seine Sache ist), hat auch schon wieder am Wasser den Skizzenblock aus der Tasche geholt, weil da unten grad 'n paar dreihüftige Schifferweiber ihre große Wäsche in Spreewasser spülen.

Nachher kommt Zille auch richtig in der Fischerstraße an, je nehmigt 'n Schnäpschen und erzählt . . .

Weil er nicht lange bleiben will, hat er sich dicht an der Tür vor der Tete hingehockt. Schon weiß man in der Gegend: „Zille is da!“ Und im „Ruhbaum“ floriert's Geschäft. — Welche sagen zu ihm „Professerschön“ — der Akademie wegen. Einer fragt ihn, indem er Daumen und Zeigefinger miteinander reibt, ob denn auch hier: 'n bißchen Pampus-Pampus bei ist. Zille, verschmüht über seine Brille weg, zieht die Unterlippe hoch. „Neeee . . . et kost' nichst und et jibbt nichst — basta!“

Als er geht, steht die ganze hemdeärmelige Gesellschaft auf der Straße und guckt ihm nach. Vater Zille ist ihnen ja nicht bloß „der Bildermann“, ist ihnen 'ne Art Unparteiischer, in dessen Augen und Herzen ihr bißchen erdärmliches Dasein zur Geltung kommt und der sich freut, wenn sie ihm mal 'ne Postkarte schreiben. —

Einer meint, Zille schaukte immer so nach einer Seite. Sie laden — bis der „Ruhbaumwirt“, fast böse, dazwischen fährt: „Sowat is nich bei Zill'n; der hat eben bloß wieder habt Berlin in eene Tasche.“

Der fixe Junge.

Von Hans Bauer.

Oswald Spengler hat in seinem letzten Werk, dem „Aufbau des neuen Reiches“ dekretiert, daß der „fixe Junge“ das neue Ideal zu sein habe.

Der fixe Junge: das ist einer, der jeder Situation gewachsen ist, der sich in alles hineinfindet.

Ich kenne den „fixen Jungen“ (wer kennt ihn nicht!). In der Schule war er fleißig — aber es beschränkte sich kein Fleiß auf jene Arten von Arbeiten, die irgendwie auf das sichtbare Resultat der Jenseitigen von Einfluß sein konnten. Für die literarischen Zirkel war er nicht zu haben.

Beim Militär avancierte er schnell, obgleich er für den Krieg wenig schwärmte und der Würde, die die Achselstücke verleihen sollten, mit Skepsis begegnete. Er behandelte seine Untergebenen nicht schlecht, aber es fiel ihm auch nicht ein, die geringsten Opfer für sie zu bringen.

Im Berufsleben organisierte er. Das Material, aus dem er formt, sind ein Finanzier auf der einen und die Angestellten auf der anderen Seite. Geht das Unternehmen pleite, so hat der Finanzier sein Geld verloren, gebeiht es, so haben keine Angestellten die Arbeit zu leisten.

Der fixe Junge: der ist nie festgelegt. Der will nicht die Welt ändern, er stellt sich auf sie ein. Er jongliert mit den Energien. Er

nen zu müssen glauben, auf die Sinnlosigkeit und Schädlichkeit hinzuweisen und ihnen keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Regierung gegen alle derartigen Versuche rücksichtslos und mit den schärfsten Mitteln vorgehen wird.

gez. Grüner.

Die sachliche Schärfe, die der neue Regierungspräsident von Merseburg gegen Düsterberg und seine Kollegen fand, ist besonders deshalb erfreulich, weil die Spiegelgesellen um Düsterberg in lehrer Zeit Morgenluft zu wintern glaubten und sich genau wie ihre kommunistischen Kollegen mit wühlerischer Emsigkeit gegen die Republik betätigten. — Wenn sie ihre fünf Sinne noch beisammen haben, dürfte sie aus der Antwort Grüners erfahren, welche Bedeutung ihnen zukommt.

Ein kleiner Dämpfer.

Im Preussischen Pressedienst lesen wir: Bei einer Reihe von sogenannten „Deutschen Tagen“ oder ähnlichen Veranstaltungen haben Teilnehmer versucht, die vom Ministerium des Innern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ausdrücklich verbotenen öffentlichen Umzüge mit Gewalt gegen die Schutzpolizei durchzuführen. Es sei hierzu festgestellt, daß tatsächlich zur Wahrung der Staatsautorität in allen Fällen, in denen diese Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vorgefallen sind, Strafanzüge gegen die Rädelsführer erstattet worden und auch bereits eine Reihe von Verurteilungen erfolgt ist.

Hitlers Geldgeber.

Zahlte etwa Frankreich?

München, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Amtsgericht München kam am Dienstag eine Beleidigungssache Hitlers gegen Dr. Pittinger, dem Vorsitzenden des Bundes „Bayern und Reich“, zur Verhandlung. Pittinger hat nämlich in einer Versammlung in Augsburg im März d. J. behauptet, daß Hitler und seine nationalsozialistische Bewegung von den Franzosen Geld erhalten habe. Das habe der englische Arbeiterführer Murray Herr von Rahr im vorigen Herbst mitgeteilt. Der Verteidiger Pittingers stellte in Abrede, daß Pittinger von sich aus diese Behauptung von der Herkunft des Geldes aufgestellt habe. Pittinger habe lediglich in der Versammlung die Frage erörtert, von wem die Nationalsozialisten finanziert werden und habe dabei ein Gespräch Murrays mit Herrn v. Rahr wiedergegeben. In diesem Gespräch habe Murray dem Herrn v. Rahr erklärt, daß Hitler bzw. seine Partei französisches Geld erhalte. Auf den Einwand Rahr, er halte das nicht für möglich, habe Murray weiter erklärt, er kenne persönlich den Mittelsmann in Paris, der das Geld sammle und über die Schweiz nach München weiterleite. Der Verteidiger sagte weiter aus eigener Kenntnis, daß die französische Hochfinanz schon vor dem 8. November davon Kenntnis hatte, daß der Hitler-Putsch vom 8. auf den 9. November steige. Aus diesem Grunde haben dieselben Pariser Kreise auch ihre Schweizer Freunde gewarnt, in diesen Tagen nach Bayern zu reisen, weil die Franzosen am 8. November die Grenze absperren würden, und zwar an der Mainlinie, wofür die Kommandos in Mainz bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen hätten. Leider habe das Münchener Volksgericht im Hitler-Prozess die Ladung von zwei Zeugen, die in dieser Sache Auskunft geben sollten, abgelehnt. Er beantrage deshalb jetzt die Vernehmung dieser beiden Zeugen, und zwar des Legationsrates Knoch und des Herrn Dr. v. Gutat-Bellenburg. Das Gericht beschloß demgemäß und setzte die Verhandlung aus.

Der hartnäckige Bürgerblock.

Kassel, 24. September. (W.D.) Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in vertraulicher Sitzung erneut mit dem Aufbau des Oberbürgermeisters Scheidemann und des Stadtschultheißen Hofmann, sowie mit der Beanstandung des letzten Abbaubeschlusses durch den Magistrat. In einem von der Rechten eingebrachten, zum Beschluß erhobenen Antrag erklärt die Stadtverordnetenversammlung die Beanstandung in sachlicher und formeller Beziehung für unzulässig und behält sich alle Rechte vor. Zum Vertreter der Stadtverordnetenversammlung, der laut § 62 der Städteordnung die Rechtsmittel in Anwendung bringen soll, wurde der deutschnationale Parteisekretär, Stadtverordneter Steuer, bestimmt.

will benutzen, nicht nützen. Er weiß um die Relativität aller Dinge und spielt die Absolutheiten gegeneinander aus. Er ist nicht überzeugt; er überzeugt die anderen. Er ist bei nichts mit dem Herzen, aber er appelliert an sie.

Der fixe Junge „paßt in die Welt“. Er steht über ihren kleinen Eitelkeiten und hat keine Marotten.

Der fixe Junge ist ein Ideal: das der praktischen Vernünftigkeit. Und Oswald Spengler, kein Prophet, ist wie jener Bauer, dem Gott das Wetter nicht recht machen konnte und der von ihm deshalb den Auftrag bekam, sich selber das Wetter zu machen.

Da sieht der Bauer die Sonne scheinen und den Regen gießen, daß es eine Lust war. Und die Wehren schossen in die Höhe und wurden groß und dick.

Aber als die Zeit der Ernte kam, stellte sich heraus, daß sie alle taub waren.

Dem der Bauer hatte den Wind und den Sturm vergessen.

Förderung des Chorgefanges. Der preussische Kultusminister hat soeben einen Erlaß über die Förderung des Chorgefanges an die Oberpräsidenten herausgegeben, der unter anderen folgende Bestimmungen enthält: Auf Grund der übereinstimmenden Berichte läßt sich erkennen, daß zum Unterschiede von den größeren Städten, wo der Chorgefang in den vorhandenen Fachdirigenten keine natürliche Stütze und Führung findet, das Land unmittelbar auf die Lehrerschaft als Träger der musikalischen Volksbildung angewiesen ist. Deshalb sollen möglichst an Orten, in denen es an geeigneten Dirigenten fehlt, solche Lehrer berufen werden, die die Befähigung zur Leitung von Chörevereinen besitzen. Zur Förderung des heimatischen Volksliedes werden in nächster Zeit landschaftliche Liederbücher erscheinen, die unter Förderung des Ministers vom Verband deutscher Vereine für Volkskunde und von der preussischen Volksliedkommission herausgegeben werden. Weiter hat der Minister die Kommission für das deutsche Volksliedbuch ersucht, ein Volksliedbuch für die Jugend herauszugeben, das ebenfalls demnächst erscheinen wird.

Da das Wettlingen meist nur zu äußerlichen, virtuosen Krostentatungen führt, so muß eine staatliche Unterstützung und Wettbewerb unbedingte abgeleitet werden. In einzelnen Provinzen haben Chorvereine auch eine reiche karitative Mitarbeit durch Gefangensarbeiten in Krankenhäusern, Altersheimen und Gefängnissen entfaltet. Auch Konzerte auf öffentlichen Plätzen sind durch Chorvereine vielfach veranstaltet worden. Diese der allgemeinen Volksbildung dienende Tätigkeit soll künftig von den beteiligten behördlichen Stellen ganz besonders aufmerksam verfolgt und gefördert werden.

Rudolf von Cavan wird am 1. Oktober, 7½ Uhr in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Potsdamer Str. 194a, einen Vortrag über „Langschiffen und Tangformen“ halten.

Die „Jodestollen“ — ein Duanstollgebilde. Der Künstler Richardson, der im Auftrage der amerikanischen Regierung die sogenannten Todesstrahlen untersucht hat, hat seinen Bericht dem Kommando vorgelegt. In dem Bericht heißt es, die genannten Strahlen seien nicht vorhanden; auch die Strahlen, mit denen die Deutschen die französischen Flugzeuge zum Abstieg gezwungen haben sollen, bestehen nur im Reiche der Phantasie.

Der Abbau-Unfug.

Verhandlungen im Landtag.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die heutige Sitzung des Preussischen Landtags um 12 1/2 Uhr. Zur Beratung stehen zunächst die Anträge des Ausschusses für Beamtenfragen über die Urantfrage auf Aufhebung bzw. Abänderung der Personalabbauverordnung. Der Ausschuss hat nur den Antrag der Deutschnationalen, das Reichsministerium zu ersuchen, auf die Regierung dahin einzuwirken, daß durch die baldigste Vorlage eines entsprechenden Reichsgesetzes die Hemmungen beseitigt werden, die einer zweckentsprechenden Aenderung der preussischen Personalabbauverordnung vom 9. Februar 1924 entgegenstehen, zur Annahme empfohlen, dagegen alle übrigen Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. Ferner hat die Mehrheit des Ausschusses folgende Entschlüsse gefaßt:

1. Das Justizministerium wird ersucht, dem auf Grund der Preussischen Abbauverordnung gebildeten Ausschuss möglichst bis zum 1. Oktober 1924 ein Gutachten darüber zu unterbreiten, ob der Abbau von Wahlbeamten mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist.

2. Bis zum Eingang des Gutachtens und seiner Nachprüfung durch den Überwachungs Ausschuss hat ein Abbau von Wahlbeamten zu unterbleiben.

3. Das Staatsministerium wird ersucht, entsprechend dem Beschluß des Reichstages und dem Vorgehen der Reichsregierung jeden weiteren Personalabbau auf Grund der Verordnung einzustellen und die erforderlichen Anordnungen an die nachgeordneten Behörden (einschließlich Kommunalbehörden) zu erlassen, sobald der Abbau in Preußen in dem Maße durchgeführt ist, als das mit Rücksicht auf Einschränkung des Aufgabenumfanges, Abnahme des Geschäftsumfanges oder Veränderung der behördlichen Einrichtungen geboten erscheint.

Nachdem Abg. Ebersbach (Dnal.) über die Ausschussverhandlungen kurz berichtet hat, weist Abg. Hirsch (Soz.) darauf hin, daß man bei der Ausführung der Verordnungen sehr bald deren Zweck aus dem Auge verloren und sich ihrer bedient habe, um aus politischen Gründen mißliebige Beamte zu beseitigen. Das sei ein Mißbrauch der Verordnung.

Deutschnationale Geschäftsführung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat folgende Interpellation eingebracht:

1. Ist der Staatsregierung bekannt, daß nach Berichten des „Berliner Tagesblatts“, des „Vorwärts“ und der „Königsberger Volkszeitung“ bei der Landesbank der Provinz Ostpreußen Geschäfte getätigt werden, die sich als strafbare Begünstigung einzelner Personen darstellen und die die Bank, die Provinz und die Steuerzahler schädigen?

2. Ist der Staatsregierung ferner bekannt, daß nach den genannten Berichten der Direktor dieser Bank, die unter der Aufsicht des Vorsitzenden des Verwaltungsrats Landeshauptmann von Brünneke steht, Herr Huel ein Einkommen von Gehalt und sonstigen Vergünstigungen bezieht, das im Verhältnis zur Bedeutung dieser Bank als ganz außerordentlich hoch bezeichnet werden muß und in weiten Bevölkerungskreisen als große Verschwendung angesehen wird?

Ist die Staatsregierung bereit, eine strenge Untersuchung durchzuführen und, falls die angegebenen Mißstände vorhanden sind, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen?

Keine allgemeine Aufwertung.

Der Unterausschuss des Aufwertungsausschusses des Reichstages trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, die auch noch den ganzen Nachmittag ausfüllen wird. Wenn die Beratungen zur Stunde auch noch nicht abgeschlossen sind, so kam jedoch bisher schon als einmütige Ansicht aller Parteien zum Ausdruck, daß der Spekulation unbedingt jeder Boden entzogen werden müsse und daß für eine eventuelle Aufwertung lediglich der nachweisbar alte Besitz in Frage kommen würde.

v. Graefe in Nöten.

Freiwillig in tschechoslowakische Schutzhaft.

Reichenberg, 24. September. (WZ.) Wie wir erfahren, hat sich der Fraktionsvorsitzende der Nationalsozialistischen Freiheitspartei von Graefe, M. d. R., nach blutigen Anschlägen der Kommunisten in einer Versammlung in Friedland in Böhmen freiwillig in Schutzhaft begeben, ebenso der in seiner Begleitung befindliche Pfarrer Schliephake.

Das Blutbad in Georgien.

Paris, 24. September. (Eca.) Die georgische Gesandtschaft veröffentlicht folgende Information: Starke sowjetistische Streitkräfte mit schwerer Artillerie stehen im Aufstandesgebiet. Die Ortschaften werden in Brand gesteckt und die gefangenen Aufständischen erschossen. Der Kriegszustand sei im ganzen Lande erklärt worden. Die provinziellen Ischetas seien mit besonderen Vollmachten ausgestattet und vollstreckten Todesurteile nach Willkür. Die Sowjetpresse verheimlicht diese Tatsache.

Auch die linken Sozialrevolutionäre protestieren gegen die Moskauer Genfer.

Wir werden um die Veröffentlichung der folgenden Erklärung gebeten:

Die Auslandsdelegation der Partei der linken Sozialrevolutionäre und des sozialrevolutionären Maximistenverbandes sendet ihren Gruß und den Ausdruck ihres Mitgeföhls an die wertvollen Bauern und Arbeiter Georgiens, die sich zum Schutze ihrer sozialen und nationalen Rechte erhoben haben und von der erbarmungslosen Faust der bolschewistischen Regierung unterdrückt worden sind. Die Delegation brandmarkt vor dem Gewissen des Weltproletariats die verbrecherische Regierung der Bolschewiki, die — zum Schutze ihrer diktatorischen Gewalt — Georgien mit Blut bedeckt, zu Tausenden Geiseln ermordet, das armeelige Gut der Wertvollen vernichtet und einen unauslöschlichen Haß zwischen den Völkern der Sowjet-Föderation und dem russischen Volke sät. Die Delegation spricht ihre feste Überzeugung aus, daß das Schicksal der Wertvollen Georgiens in keinem Falle durch Appelle der „gemäßigten Regierung“ Georgiens an den „Völkerbund“ oder einzelne kapitalistische Regierungen gelöst werden kann, die um ihrer eigenen ökonomischen Interessen willen jederszeit bereit sind, internationale Verpflichtungen und humanitätsforderungen zu verraten.

Das wertvolle Georgien wird seine soziale und nationale Befreiung nur im gemeinsamen Kampfe aller Wertvollen der Sowjet-Föderation, die unter dem Bolschewismus stöhnen, gegen ihren gemeinsamen Feind, die Moskauer Regierung des Betrugs und der Willkür, erkämpfen. Die Stunde der Befreiung der Wertvollen der Sowjet-Föderation vom bolschewistischen Regime, die Stunde der Wiedergeburt der russischen Revolution unter dem unbefleckten Banner der Sowjets wird gleichzeitig die Stunde der Befriedigung der sozialrevolutionären und nationalen Interessen und Ideale der Bauern und Arbeiter Georgiens sein.

Zwischen Modellen und Bildern.

Die eisenbahntechnische Ausstellung in Seddin mit ihrer großen Fülle von Lokomotiven und Wagen und sonstigen Dingen, die zum Eisenbahnbetrieb gehören, fordert von jedem Besucher ein nicht unerhebliches Maß von Ausdauer, wenn er alles Gebotene betrachten will. Im Gegensatz zu dieser wahrhaft gigantischen Veranstaltung in Seddin verlangt die Zweigausstellung in der technischen Hochschule zu Charlottenburg vom Besucher geringere Mühe. Sie kann sogar mit einer gewissen Behaglichkeit genossen werden, trotzdem auch hier weite Gebiete des Eisenbahnwesens ihre Berücksichtigung gefunden haben.

Zierliche Modelle sind dort untergebracht. Gleich am Eingang wird an einem Modell das selbsttätige Ablaufen von Güterwagen auf einem Verschiebebahnhof gezeigt, wobei das Umstellen der Weichen durch den ablaufenden Wagen erfolgt, der, kurz bevor er die Weichen Spitze erreicht, mit Hilfe von Gleiskontakten und Magnetschalterreihen auf die Gleise einwirkt. Andere Modelle sind von Hafenanlagen, Kranen, Eisenbahnwagen, einem Federhammer, Ventilen und sonstigen Maschinenteilen in sauberer Ausführung zu sehen. Besonderes Interesse dürfte auch das im 1. Stockwerk des Lichthofes aufgestellte Modell erregen, das die einzelnen Bauabschnitte eines Sprettunnels zeigt. In einer Reihe von Bildern und Tafeln werden die inneren Beziehungen des Eisenbahnbetriebes dargestellt. Besondere Beachtung sollte der schematischen Darstellung und der Beschreibung der Thermo-Lokomotive des Ingenieurs Jarehly geschenkt werden, auf die der Konstrukteur hinsichtlich ihres wärmetechnischen und mechanischen Wirkungsgrades große Hoffnungen setzt. Von wunderbarer Präzision ist u. a. die Zeichnung einer D+D-Maltes-Lokomotive der Hanomag. Hier ist die an sich korrekte technische Zeichnung geradezu zu einem Kunstwerk im besten Sinne geworden. Der Deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen zeigt an Werkstätten und Zeichnungen den Ausbildungsgang von Schlosser, Feinmechaniker, Schmiede- und Formwerkzeugen. Gerade dieser Teil der Ausstellung dürfte für viele Eltern und junge Leute viel Belehrendes bieten. Endlich möge auch noch auf die in einem Seitengang untergebrachte Ausstellung eisenbahntechnischer Bücher und künstlerischer Darstellungen aus diesem Gebiet verwiesen werden, in der Bilder von Baluschek, Sandrock und Turner vereinigt sind.

Bremsversuchsfahrt nach Belgiz.

Heute vormittag fand eine Bremsversuchsfahrt für die Teilnehmer des eisenbahntechnischen Kongresses statt. Zu diesem Zweck war auf dem Bahnhof Brunwald ein D-Zug gestellt worden, der eine ungewöhnliche Länge besaß. Er bestand aus zwei Personenzug-Lokomotiven, 23 vierachsigen D-Zug-Wagen und einem Rehwagen, in dem sich die Apparate zur Feststellung der Bremsgeschwindigkeiten befanden. Die D-Zug-Wagen waren mit der Kunze-Knorr-Bremse für Schnellzüge ausgerüstet. Da die Entfernung vom Vorzeichen bis zum Hauptsignal auf der Bahn in der Regel 700 Meter beträgt, ist die zulässige Höchstgeschwindigkeit davon abhängig, daß der Lokomotivführer den Zug auf diese Entfernung zum Halten bringen kann. Um 8.40 Uhr setzte sich dann der Zug in Richtung Belgiz in Bewegung. Kurz vor dem Bahnhof Drewh wurde dann bei einer Fahrgeschwindigkeit von 90 Kilometern die erste Schnellbremsung vorgenommen. In 23 Sekunden war der Zug bei einem Bremsweg von 415 Metern zum Stehen gebracht. Bei der Weiterfahrt erfolgte auf dem Bahnhof Rindendorf eine Betriebsbremsung von 70 Kilometern, wobei der Zug innerhalb von 23 Sekunden mit einem Bremsweg von 240 Metern hielt. Nach einer Regulierbremsung vor Bahnhof Belgiz erfolgte eine weitere Schnellbremsung vor Bahnhof Brüd aus 100-Kilometer-Geschwindigkeit. Mit einem Bremsweg von 520 Metern hielt der Zug innerhalb 30 Sekunden. In Belgiz erfolgte dann ein längerer Aufenthalt. Dann ging es nach Seddin zurück, wo die Ausstellung befestigt wurde. Unterwegs erfolgte noch eine Schnellbremsung aus 120-Kilometer-Geschwindigkeit, wobei der Zug innerhalb von 35 Sekunden bei einem Bremsweg von 675 Metern zum Stehen gebracht wurde.

Verlängerung der Eisenbahntechnischen Ausstellung in Seddin? Interessierte Kreise des In- und Auslandes haben es der Leitung der Eisenbahntechnischen Ausstellung in Seddin nahegelegt, die Ausstellung noch über den 5. Oktober hinaus zu verlängern. Infolge dessen hat sich die Leitung an die einzelnen ausstellenden Firmen telegraphisch gewandt, um deren Einverständnis zu einer Verlängerung einzuholen.

Großfeuer in einem Pferdestall.

Der Kutscher und sieben Pferde verbrannt.

In der Boedickerstr. 29 brach in der letzten Nacht gegen 12 Uhr in einem Pferdestall Großfeuer aus. Der Kutscher Ferdinand Seigert, der dort den Nachdienst zu versehen kam, war in einem danebenliegenden Schuppen eingeschlossen. Straßenpostanten bemerkten den Rauch und alarmierten die Wehr, worauf zwei Jüge an der Brandstelle erschienen. Das Feuer, das an dem lagerten Stroh und anderen leicht brennbaren Gegenständen gute Nahrung gefunden, hatte rasend schnell um sich gegriffen und auch den danebenliegenden Schuppen, in welchem der Kutscher schlief, erfaßt. Als die Jüge der Berliner Wehren anrückten, sah man, daß nichts mehr zu retten war. Die ganze Anlage bot das Bild eines riesigen Feuermeeres. Man ging zuerst an die Rettung der im Stall befindlichen Pferde, deren Gewieher laut durch die Nacht tönte. Es gelang jedoch nicht, alle Pferde zu retten, da die Feuerwehrmänner selbst in die Gefahr gerieten, in den Flammen umzukommen, und so verbrannten sieben Pferde. Dann wurde aus zwei B- und drei C-Rohren unauflöslich Wasser gegeben, worauf es nach circa zwei Stunden gelang, den Brand zu löschen. Bei den Aufräumungsarbeiten, die sich bis in die Morgenstunden hinziehen, förderte man die Leiche des Kutschers, der schlafend verbrannt war, zutage. Die ganze Anlage ist völlig niedergebrannt, der Schaden ist sehr beträchtlich. Die Entstehungsurache ist bis jetzt noch unbekannt, doch ist Brandstiftung von anderer Seite nicht ausgeschlossen. Untersuchungen in dieser Richtung sind aufgenommen worden.

Schantverlust oder Schantüberschuß.

Wenn in der Öffentlichkeit die Höhe des Bierpreises kritisiert wird, dann verteidigen sich die Gastwirte u. a. stets auch mit dem großen Schantverlust. Ein hervorragender Wirtvertreter in Offen a. d. Ruhr berechnete vor einigen Jahren in einem Gutachten an die Preisprüfungsstelle diesen Schantverlust mit 10 Proz. Nach dieser Berechnung wäre also bei einem Faß Bier von 100 Litern Inhalt das Ausschankergebnis 90 Liter. Belegstück einer Gewerbezeitung, die ein zu Unrecht entlassener Kellner des Café Vaterland gegen die Firma angeklagt hatte, behauptet der Direktor dieser Firma vor dem Gewerbeamt in Berlin das Gegenteil. Der Kellner sei entlassen worden, so sagte der Vertreter der Firma, weil er versucht habe, das Geschäft durch solches Markieren zu betrogen. Wenn er 2 Glas Bier gefordert habe, dann hätte er nur eins markiert. Der Kläger und der als Zeuge geladene Zapfer, der mit dem Kellner gemeinsame Sache gemacht haben sollte, bestritten energisch diese Anschuldigungen. Auf den Hinweis des Vertreters des Klägers, eines Gewerkschaftsbeamten des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, daß die Behauptung der Beklagten schon deshalb nicht zureichend sein könnte, weil der Zapfer stets ordnungsmäßig ab-

gerechnet und keine Unterbilanz gehabt hätte, erklärte der Vertreter der belagten Firma, daß der Zapfer aus einem Faß Bier von 100 Litern Inhalt 103 bis 105 Liter herausholen müsse. Darauf erwiderte der Vertreter des Klägers, das sei nur dann möglich, wenn die Gläser schlecht geschenkt, also die Gäste betrogen würden. Das Gewerbeamt kam zu der Auffassung, daß die belagte Firma den Beweis für den dem Kläger gemachten Vorwurf schuldig geblieben, die Entlassung also zu Unrecht erfolgt sei und verurteilte die Firma zur Zahlung einer Entschädigung.

Blutaf eines Geisteskranken.

Ein Mädchen erdrosselt.

Eine furchtbare Blutaf hat sich in der vergangenen Nacht im Hause Willibald-Alexis-Str. 27 abgespielt. Hier wurden heute vormittag gegen 9 Uhr der 27 Jahre alte Schlächtermesser Johann Bornschein und eine weibliche Person in einem Nebenraum seines Ladens tot aufgefunden. Nach den angestellten Ermittlungen hatte Bornschein das Mädchen — anscheinend eine Strafendörnerin — mit einer Hanfschnur erdrosselt und ihr dann mit dem Schlächtermesser den Hals durchgeschnitten. Dann hat er sich selbst durch Gasvergiftung das Leben genommen. Wir erfahren zu diesem Vorfalle noch folgende Einzelheiten: Als heute morgen der Vater des B. diesen besuchte, fand er den Boden geschloffen vor. Nichts Gutes ahnend, eilte er zur Polizei, die die Tür gewaltsam öffnete und dann die schreckliche Entdeckung machte. Bornschein befand sich wegen geistiger Störungen in ärztlicher Behandlung. Seine Frau ist verheiratet. Er scheint diese Gelegenheit benutzt zu haben, um das Mädchen mit nach seiner Wohnung zu nehmen. Hier hat er wahrscheinlich in geistiger Umnachtung die graufige Tat begangen.

Ein Protest.

Die „Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik“, Ortsgruppe Berlin, erteilt folgenden Aufruf:

„In dem Beschluß der Stadtverordnetenmehrheit Berlins, den Oberstadtschulrat Paulsen abzubauen, müssen die an einer grundlegenden Umgestaltung des gesamten Schul- und Erziehungswezens interessierten, freiheitlich und sozialistisch gerichteten Kreise eine dringliche Herausforderung erblicken. Obwohl die überaus ängstlich eingeleiteten Reformversuche Paulsens den berechtigten Wünschen auf eine gründliche Durchlegung der Schule mit dem zukunftsreicheren, auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhenden Geist der Menschheitsliebe und menschlicher Gemeinheitskultur, nicht entsprachen, betrachteten dennoch die herrschenden reaktionären Kreise, mit sicherem Instinkt, selbst diese schwachen Reformversuche als einen Angriff auf die geistige Grundlage ihrer Herrschaft, die Volksschule. Ursprünglich forderten die Reaktionäre offen den Abbau der Oberstadtschulratsstelle überhaupt, um jetzt, aus taktischen Erwägungen natürlich, sich mit dem Abbau des ihnen verhassten Paulsen als Person zu begnügen. Zur gegebenen Zeit wollen sie dann einen, in seiner schwarzen Färbung wachsenden Schulmann zu seinem Nachfolger machen, der jede Schutzreform zu verhindern hat. Gegen diesen herausfordernden Anschlag der Reaktionäre leeren Protest zu erheben, ist völlig zwecklos. Am sozialistischen Proletariat, an allen freiheitlich gesinnten Elementen im Volk, besonders auch an den proletarisierten Intellektuellen liegt es, den ihnen hingeworfenen Schutzhelmschuh aufzunehmen! Wir haben es durchaus in der Hand, den Dunkelmännern, die an der Wiederaufrichtung mittelalterlicher Herrschaftsmethoden über den Geist und die Seele des Volkes arbeiten, ein kräftiges Paroli zu bieten. In schwerem Ringen um die Schule, das hervorragendste und wichtigste Instrument, mit dem die herrschende Klasse das Volk bis jetzt geistig niederzuhalten vermag, müssen wir die Herrschaft der Leute einer untergehenden Epoche zertrümmern. Der Kampf um die Schule ist nicht als losgelöst von dem allgemeinen Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse von ökonomischer und geistiger Bedrückung zu betrachten, er ist vielmehr ein Teilgebiet dieses Befreiungskampfes und nicht das unwichtigste. Wenn jeder Sozialist, wenn jeder freiheitlich Empfindende der Kirche den Rücken kehrt und wenn in den nächsten Wochen die Kirchenaustrittsbewegung im wahrsten Sinne des Wortes zu einer Massenbewegung wird, dann werden die Reaktionäre merken, daß ihre Herrschaft ins Wanken gerät. Und wenn ganz besonders die Arbeiter von ihrer verfassungsmäßigen Befugnis Gebrauch machen und ihre Kinder von dem Religionsunterricht in den Schulen befreien, wenn auch diese Bewegung, tausendfach gesteigert, zu einer uneindämbaren Massenbewegung wird, dann hat die Herrschaft der Pfaffen und Mucker über das Volk in Wahrheit ein Ende. Dann erst hat das arbeitende Volk den Kampf um die Schule und um die geistige Herrschaft seiner eigenen Jugend gewonnen, dann erst ist die Bahn frei, für moderne grundlegende Umgestaltungen im Schul- und Erziehungswezen. Die Herausforderung der abbauwütigen Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung muß also von den Millionen ausgebeuteter und unterdrückter Arbeiter beantwortet werden, indem sie entschlossen jenen den Rücken kehren. Heraus aus der Kirche, duldet nicht länger mehr, daß eure Kinder in der Schule von den Pfaffen beherrscht werden.“

Diesen gegen den Abbau Paulsens protestierenden Aufruf hat man mit abfälligen Bemerkungen über Paulsens Arbeit einseitig zu sollen geglaubt. Die Gegner unseres Genossen Paulsen werden darüber mit schadenfrohem Schmunzeln quittieren.

Noch keine Aufklärung des Frauenmordes.

Der keine Herbert Ulrich ist noch einige Male von den Kammermännern verhört worden. Wenn es zuerst den Anschein hatte, als ob der Junge einige Fingerzeige geben könnte, ist dies jetzt doch hinwiegend geworden. Er kann sich auf nichts mehr recht festlegen. Hinzu kommt doch, daß der Knabe, der sich im Mittelpunkt des Interesses steht, seiner Phantasie keine Zügel anlegt und immer neue „Ontels“ erfindet. Es melden sich aber andere Zeugen, die einige verdächtige Momente anföhren können. Daraufhin wurden verschiedene Personen aus der Gegend von Köpenick und Friedrichshagen verhaftet. Alle sind aber restlos wieder entlassen worden, nachdem ihr Mißbehagen geprüft worden ist. Auch die Frage, ob in den dortigen Wäldern sich herumtreibende Stromer, die oft Frauen belästigt haben, als Täter in Frage kommen, wird ebenfalls noch genau nachgeprüft. Bisher haben sich auch in dieser Beziehung keine Anhaltspunkte ergeben. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß alle Beobachtungen, die für den Fernstehenden vielleicht unwichtig erscheinen, in der langen Reihe der Ermittlungen von großer Wichtigkeit sein können und an die Mordkommission im Zimmer 105 im Polizeipräsidium zu richten sind.

Ein Dorf niedergebrannt. Ein Riesenseuer hat gestern das im Kreise Schlochau liegende Dorf Belgiz fast vollständig vernichtet. 200 Personen sind obdachlos. Der Landrat des Kreises erteilt einen Aufruf zur Unterstützung der von dem Unglück Betroffenen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind bei den Parteisekretariaten, Berlin, W. 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

11. Abt. Donnerstag, den 25. September, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärskonferenz bei Kaiser, Grotzschloßstr. Erziehen sämtlicher Parteiführer. 37. Abt. Freitag, Mittwoch, 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Parteiführer beim Verteilungsleiter Genossen Rehle, Ebersstr. 4.

Gewerkschaftsbewegung

Kein Streik der Gas- und Wasserwerke. Neue Verhandlungen.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wird uns geschrieben:

Die Urabstimmung in den Gas- und Wasserwerken über die Frage Annahme oder Streik hat nicht die vorgeschriebene Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben. Das Ergebnis der Abstimmung bedeutet aber die Ablehnung des Schiedsspruches mit großer Mehrheit. In der bürgerlichen Presse ist aus Anlaß der Bewegung der Gas- und Wasserwerksarbeiter von einer „Streikhege“ gesprochen worden; es ist auch gesagt worden, daß die Lohnforderungen die Aktion auf Herabsetzung der Gas- und Wasserpreise veranlassen würde. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Gaspreise im Jahre 1914 pro Kubikmeter 13 bzw. 12 1/2 Pf. betragen, jetzt dagegen 19 Pf., also 50 Proz. mehr als 1914. Die Bodenlöhne der Gasarbeiter bei neunstündiger Arbeitszeit bewegten sich für die ungelerneten Arbeiter etwa auf der Basis von 30 M. In Berlin war der Satz um ein Geringes niedriger, während in den Vororten Sichtenberg, Neukölln und Charlottenburg die Löhne höher waren. Die jetzigen Wochenlöhne der ungelerneten Arbeiter betragen für Verheiratete 27,52 M., für Ledige 24,99 M. Die Belegschaftszahl ist an und für sich durch scharfe Entlassungsmaßnahmen im Laufe der letzten Monate unter den Stand von 1914 herabgedrückt worden. Die Bewilligung der Forderungen der Arbeiter im vollen Ausmaße würde eine Belastung von etwa 1/4 Pf. für das Kubikmeter Gas bedeuten. Angesichts dieser Zahl kann man unmöglich von einer Streikhege oder von unberechtigten Forderungen sprechen; im Gegenteil, die Anträge der Gas- und Wasserwerksarbeiter zeichnen sich durch außerordentliche Bescheidenheit aus.

Kompliziert wird die Situation durch das Abkommen über die Arbeitszeit, das am 30. September zu Ende geht. Die Belegschaft drängt auf Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit, wogegen sich die Direktion noch ablehnend verhält. Die Ablehnung des Schiedsspruches dürfte in erster Linie auf Ermäßigungen zurückzuführen sein, die dahin gehen, daß bei der Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit die durch den Schiedsspruch gegebene Lohnzulage kein Ausgleich gegenüber der Lohnkürzung sein würde. Die finanzielle Situation der Gas- wie auch der Wasserwerke muß als durchaus gut bezeichnet werden. Die Lohnforderungen spielen in dem 100-Millionen-Etat gar keine Rolle. Wir wünschen, daß die neuen Verhandlungen zu einem befriedigenden Resultat führen.

Die Ausgehaltenen.

Der vor kurzem erschienene Tätigkeitsbericht des „Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften“ gibt über die Finanzen der Gewerkschaftszentrale vom Anfang 1922 bis zum Frühjahr 1924 Aufschluß. Danach erreichten die Einnahmen im Jahre 1922 die Summe von 5678 Milliarden Sowjetrubel, darunter 331 Milliarden oder 5,8 Proz. aus Gewerkschaftsbeiträgen, und aus der Staatskasse 5027 Milliarden, oder 88,5 Proz. Die Abrechnung für das Jahr 1923, sowie für das erste Vierteljahr 1924, ist in Goldrubel vorgenommen. Die Gesamtsumme der Einnahmen der Gewerkschaftszentrale betrug im Jahre 1923 — 1997246 Goldrubel, darunter 132804 Goldrubel, oder 6,6 Proz., aus den Beiträgen der Gewerkschaften und 1816115 Goldrubel, oder 90,9 Proz., aus der Staatskasse. Im ersten Vierteljahr 1924 hat der Zentralrat insgesamt 867458 Goldrubel eingenommen, darunter 61968 Goldrubel, oder 7,1 Proz., von den Gewerkschaften und 795444 Goldrubel, oder 91,8 Proz. aus der Staatskasse.

Die Beiträge der Gewerkschaften bilden also einen völlig unbedeutenden Bruchteil der Einnahmen der russischen Gewerkschaftszentrale, die ihre ungeheuren Ausgaben noch immer aus Staats-

mitteln deckt. In Goldmark umgerechnet, hat sie allein in den ersten drei Monaten des Jahres 1924 über 1700000 Goldmark aus der Staatskasse erhalten, d. h. monatlich fast 600000 Goldmark. Der Zentralrat der russischen Gewerkschaften ist — das zeigen die angeführten Zahlen auf das schlagendste — kein Organ der Gewerkschaften, sondern eine von der Regierung ausgehaltene und ihr untergeordnete bürokratische Instanz, die so tanzen muß, wie die Regierung will.

Wir kennen kein Beispiel, wo eine Arbeiterorganisation so ausschließlich auf die Beiträge der Arbeitgeber oder der Regierung angewiesen ist, wie nach der eigenen Abrechnung die russische Gewerkschaftszentrale. Selbst bei den Selben handelt es sich im allgemeinen nur um mehr oder weniger große Zuschüsse der Arbeitgeber.

Die Bolschewisten werden einwenden, daß es sich um eine „Arbeiterregierung“ handelt und daß das Geld einer Arbeiterregierung nicht stinkt. Darauf ist zu erwidern, daß eine Gewerkschaft gerade gegenüber einer Arbeiterregierung den Anschein vermeiden muß, als sei die Gewerkschaft nur ein Vollzugsorgan der Regierung — wie es in Rußland tatsächlich der Fall ist — und nicht umgekehrt.

Auch in anderen Ländern gab und gibt es Arbeiterregierungen, die sich besonders auf die Gewerkschaften stützen, wie in Australien, Dänemark, Schweden, England usw. Auch in Deutschland war nach der Revolution eine Arbeiterregierung. Aber in keinem Lande der Welt ist es den Gewerkschaften oder der jeweiligen Arbeiterregierung eingefallen, die Ausgaben der Gewerkschaften von der Regierung oder — wie es bei den Gewerkschaften bzw. deren Dissoziierungen in Rußland gleichfalls üblich ist — von den Unternehmern bestreiten zu lassen. Weß Brot ich eß, weß Lied ich sing', sagt ganz richtig ein bekanntes Sprichwort. Wie kann man auch erwarten, daß eine Körperschaft die volle Unabhängigkeit gegenüber einer Regierung besitzt, von deren Freigebigkeit ihre Existenz abhängt! Derartige Korruptionsmethoden des „rollenden Rubel“, die Sowjetrußland vom zaristischen Rußland geerbt und übernommen hat und auf dem Wege der von ihm ausgehaltenen kommunistischen Parteien auch in anderen Ländern einzubürgern sucht, werden nie das Verständnis der Arbeiterschaft außerhalb Rußland finden. In anderen Ländern zahlt der Arbeiter keine Zehne selbst und betrinkt sich nicht, in der Hoffnung, der „gnädige Herr“ werde sich freigebig zeigen.

Ausperrung wegen eines Wortwechsels.

Nachdem die Arbeiter der Motorradfabrik „Drinonotte“ erst kürzlich wegen Akkorddifferenzen die Arbeit einstellen mußten, hat die Betriebsleitung einen Streitfall zwischen einem Schlosser und einem Meister zum Anlaß genommen, die Belegschaft auszusperrn. Der Schlosser hatte Veranlassung, über die mangelhafte Arbeit einer anderen Abteilung Klage zu führen, wozu er sich um so berechtigter fühlte, als schon ähnliche Arbeitsfehler zu Reklamationen der Kundschaft geführt hatten. Ein dazunehmender Meister wollte die mangelhafte Arbeit nicht zugeben, sondern fuhr den Schlosser noch an, daß er „immer etwas zu monieren hätte“. Als der Schlosser sich derartige Redensarten verbat und den Meister auf sein geringes Verantwortlichkeitsgefühl aufmerksam machte, wurde der Herr rabiat, ließ den Schlosser am Kragen und wollte ihn zur Tür hinausfordern. Das ging den Kollegen zu weit, sie gingen dazwischen und trennten die Streitenden. Die Betriebsleitung verfügte darauf die Entlassung — nicht etwa des Meisters, sondern des Schlossers und des einen der Vermittler. Die Belegschaft verließ sofort den Betrieb und verlangte die Zurücknahme der Entlassungen. Bis zum Abend konnten die Verhandlungen darüber nicht zu Ende geführt werden und am anderen Morgen ließ der Portier die Leute nicht in die Fabrik. Einem Vertreter des Metallarbeiterverbandes wurde vom Betriebsleiter erklärt, daß der Schlosser keine „Beleidigungen“ beim Meister persönlich zurücknehmen solle. Dazu konnte sich aber der Angegriffene um so weniger verstehen, als diese Forderung vom Meister selbst gar nicht erhoben, ja als unnötig bezeichnet wurde. Weil sich der Betriebsleiter aber mit der Forderung festgesetzt hat, muß die Belegschaft von über 100 Mann eben feiern. Man muß wirklich staunen, daß Unternehmer, die immer über die Notwendigkeit der Produktionssteigerung ein großes Geschrei machen, wegen eines derartigen geringfügigen Wortwechsels, der sozuzufagen alle Tage auf

der Straßenbahn passiert, erst zwei Leute entlassen und dann den Betrieb stilllegen. Schließlich sind Arbeiter doch keine Rekruten und eine Fabrik kein Kasernenhof.

Gesetzliche Arbeitslosenversicherung.

(J.B.) Am 1. September trat in Polen ein Gesetz über die Versicherung der Arbeitslosen in Wirksamkeit. Der Versicherung unterliegen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter über 18 Jahre, welche in Industrie, Handels-, Transport-, Hütten- und Bergwerksunternehmungen sowie in sonstigen, wenn auch nicht auf Gewinn berechneten Betrieben eingestellt sind, sofern solche Unternehmungen mindestens sechs Arbeiter beschäftigen. Geistige Arbeiter sowie Saisonarbeiter, die weniger als zehn Monate im Jahre arbeiten, sind ausgenommen.

Die Versicherungsbeiträge belaufen sich auf 2 Proz. der ausbezahlten Dienstbezüge und werden auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Weise aufgeteilt, daß ein Viertel des Beitrages, das ist 1/2 Proz. von dem jeweiligen Lohn in Abzug zu bringen ist und drei Viertel des Beitrages, das ist 1 1/2 Proz., der Arbeitgeber aus Eigenem zu tragen hat.

Die Voraussetzungen einer Arbeitslosenunterstützung sind:

1. eine im letzten Jahre vor dem Eintreten der Arbeitslosigkeit mindestens zwanzig Wochen dauernde Anstellung;
2. Anmeldung beim Arbeitsvermittlungsamte binnen vier Wochen vom Tage der eingetretenen Arbeitslosigkeit;
3. Ablauf von zehn Tagen seit der erfolgten Anmeldung.

Die Unterstützung beträgt für einen alleinstehenden Arbeitslosen 30 Proz., für einen Arbeitslosen, der für eine Familie von zwei Personen zu sorgen hat, 35 Proz., bis zu fünf Personen 40 Proz. und über fünf Personen 50 Proz. des Verdienstes.

Hafenarbeiterstreik in Amsterdam.

Amsterdam, 23. September. (W.B.) Nachdem am vergangenen Sonnabend bereits ein Teil der Arbeiter im hiesigen Holzhafen die Arbeit niedergelegt hatte, haben sich heute die Schauerleute und andere Hafenarbeiter dem Streik angeschlossen. Der Streik, der zuerst auf dem hier liegenden Sowjetdampfer „Karl Liebknecht“ begann, hat bereits mehr als 200 Arbeiter erfaßt. Er droht einen größeren Umfang anzunehmen. Die Unternehmer stehen auf dem Standpunkt, daß der Konflikt durch einen Schiedsspruch beigelegt werden muß, daß aber zuerst die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen müssen. Die Leitung der Föderation der Transportarbeiter ist daraufhin heute nachmittag zusammengesessen, um ihre Stellungnahme festzulegen.

Der offizielle Petroleumstreik.

Warschau, 24. September. (W.B.) Die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks im offiziellen Petroleumgebiet gestalten sich außerordentlich schwierig. Unter den Arbeitern herrscht große Erbitterung gegen die französischen Kapitalisten, denen sie die Hauptschuld an der Fortdauer des Streiks beimessen.

Abteilung, H.C. Rabelert, Oberpostamt
Donnerstag, nachm. 8 Uhr, bei Imberg, Wilhelmshofstr. 34: Versammlung sämtlicher G.D. Kolleginnen und Kollegen. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbeitrag legitimiert.
Der Fraktionssortstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Reichsliste: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fraktion: Dr. John Schützmann; Sozial- und Sonstige: Fritz Kautzsch; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 43, Lindenstraße 3.

Viel Geld
verdienen können Sie durch den Verkauf unserer
Zeppelin
Broschüre „Im Flug über den Ozean“.
Meldungen sofort bei
Gebr. Wolffsohn, Friedrichstraße 225.

Stappdecken
Preiswert, direkt Fabrik
Bernhard Strohmandel,
72 Wallstr. 72/73, Spittelmarkt,
E. Seubert u. Nikolsburg, Pl. 1
Kite Stappdecken aufgesch.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Bauverbände
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel -
Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit -

Zeitgemäß

scharfe Kalkulation bei uns ermöglicht es Ihnen, Ihren Herbstbedarf ungemein preiswert zu decken.

Mäntel

extra griffige Flauschware in der neuen eleganten Mode . . . 13⁰⁰

Affenhaut-Mäntel mit Pelzbesatz in besond. aperl. Ausführung. 39⁰⁰

Bibereffe - Plüschmäntel hervorragend, schwere Qual., alle mod. Farb. 69⁰⁰

Kleider u. Kostüme
In den letzten bemerkenswerten Neuheiten

oskar Wollburg
Berlin N, Brunnenstr. 56 u. 57



Eine neue Abteilung

im

KAUFHAUS **Leysner** **Wiennerstr. 64**
Ecke Lausitzerstrasse am Görlitzer Bahnhof **nur Hochbahnstation Oranienstrasse**

Stahlmattressen **Besonders** wirksam sind die kleinen Anzeigen in der Gesamt-Ausgabe **billig!**
n. Hof, Postfach, Reich a. Tr. G. in der des Vorwärts und trotzdem